

Polizei und politische Gewalt in Bolivien: Neue Entwicklungen globaler Politik?

JAMES SHEPTYCKI

Der folgende Beitrag beschäftigt sich mit der Rolle, die öffentliche Proteste und gewalttätige politische Unruhen in der bolivianischen Politik des frühen 21. Jahrhunderts gespielt haben. Kaum überraschend ist die polizeiliche Bearbeitung von Menschenmengen und öffentlicher (Un-)Ordnung seit langem ein Standardthema politischer Debatten. Wie Robert Reiner in einem einflussreichen Essay beobachtete, gehört »die Arbeit der Polizei [...] zum funktionalen Kern des Staates und [ist] zentral für das Verständnis seiner rechtlichen und politischen Organisation« (Reiner 1992: 762). Insbesondere in Großbritannien ist »Public Order Policing« umfassend erforscht worden, hatten doch Akademiker beispiellosen Zugang zu den »Backstage«-Bereichen der Polizei erhalten (vgl. Critcher/Waddington 1996; Jefferson 1987, 1990, 1993; P. Waddington 1987, 1991). Daneben existieren vergleichende Arbeiten zum Thema (Brewer et al. 1996; Della Porta/Reiter 1998) sowie empirische Studien zu anderen Regionen, namentlich den Vereinigten Staaten (Kraska 1997; McCarthy et al. 1999), Europa (Flyghed 2002), Kanada (Ericson/Doyle 1999; King 1997) und Südafrika (Marks 1998; P.A.J. Waddington 1994a). Um mit Reiner (1992) zu sprechen, darf das Studium der Beziehungen zwischen Polizei und Gesellschaft – und hier vermutlich insbesondere »Public Order Policing« – als Lackmustest für das (Selbst-)Verständnis der jeweiligen Gesellschaft als solcher gelten. David Waddington (1996) hat insoweit ähnlich argumentiert, als dass »Public Order Policing« geprägt wird durch die sich wandelnde soziale, ökonomische und politische Ordnung und die in diesem Kontext aufkommenden Konfliktthemen und Protestformen. Im Zeitalter der »Globalisierung« angekommen, ist es wichtig, auch die polizeiliche Bearbeitung politischer Proteste in einem transnationalen Zusammen-

hang zu verstehen. Wie Gary Marx argumentiert, hat die Polizeiforschung »die Auswirkungen intensivierter ökonomischer, politischer und kultureller Abhängigkeiten zwischen Nationalstaaten, die wichtige soziale und soziologische Fragen nach der Rechenschaftspflicht und -fähigkeit der Polizei sowie nach rechtlichen und kulturellen Unterschieden aufwirft«, noch nicht umfassend untersucht (Marx 1998: 262). Somit erweitert die Analyse von politischer Gewalt und Polizeistrategien in Bolivien nicht nur unser allgemeines theoretisches Verständnis für die polizeiliche Bearbeitung von Massenprotesten und öffentlicher (Un-)Ordnung, sondern sie nimmt auch wichtige Facetten globaler Politik in den Fokus und liefert – betrachtet im Kontext der langfristigen historischen Entwicklungen des Andenraums und der »Neuen Welt« insgesamt – unter Umständen Hinweise auf die zukünftige Gestalt des »globalen Systems« (Sklair 1991).

Public Order Policing

Die meisten Forschungsarbeiten zum »Public Order Policing« sind ahistorisch angelegt und haben sich vor allem auf lokale Erscheinungsformen des Managements von Menschenmengen in den fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaften konzentriert. In der jüngsten Vergangenheit hat sich in der einschlägigen Literatur so etwas wie ein Konsens herausgebildet. Danach habe die polizeiliche Bearbeitung von Menschenmengen – und sogar organisierter politischer Proteste – sich mit der Zeit gewandelt: Strategien eskalierender Gewaltanwendung seien zunehmend einem Modell des verhandelnden Managements gewichen (Della Porta/Reiter 1998; McPhail et al. 1997; Waddington 1996). Einige Autoren hingegen betonen den strukturellen Konflikt zwischen Polizei und Protest (Jefferson 1990; Scraton 1985; Waddington et al. 1989). Allerdings scheut sich die aktuelle Literatur zum Thema größtenteils, einen normativen Rahmen zu entwickeln, der die Hintergründe für Konflikte zwischen der Polizei und Protestierenden in einen historischen Kontext stellt (Sheptycki 1999). Thomas Critchley, *der konservative Historiker britischer Polizeiarbeit*, bietet eine einfache analytische Unterscheidung, die, angewandt auf die Geschichte politischer Gewalt in Großbritannien, recht aufschlussreich ist. Er gesteht zu, dass »das Konzept von public order violence schwer fassbar, komplex und multidimensional ist« (Critchley 1970: 4) und versucht die Geschichte politischer Gewalt zu ordnen, indem er eine »dreigeteilte Typologie entsprechend der Ziele dieser Gewalt« vorschlägt. Danach gibt es

»primitive bzw. undifferenzierte, reaktionäre und vorwärts gewandte bzw. moderne Gewalt« (Critchley 1970: 5).

Der springende Punkt bei meinem Argument ist, dass die von Critchley gewonnenen Einsichten zur Evolution öffentlicher Unruhe und politischer Gewalt hilfreich sein können, um die sich im Kontext der Globalisierung manifestierende politische Gewalt zu verstehen. Den ersten Gewalttypus charakterisiert Critchley als »natürlich, ungeschliffen und weitgehend unpolitisch«; zur Illustration nennt er Fußball-Hooligans und betont, »es gibt keinen Grund zu glauben, dass primitive Gewalt jemals aus der menschlichen Gesellschaft verschwindet« (Critchley 1970: 5). Ebenso wichtig ist, dass die Neigung zu primitiver Gewalt zwischen verschiedenen Gesellschaften beträchtlich variiert, was nahe legt, dass Politik und Sozialstruktur den Charakter, die Intensität, die Häufigkeit und die soziale Akzeptanz solcher Gewalt maßgeblich beeinflussen. Critchley bemerkt weiterhin, dass primitive Gewalt gezielt beeinflusst und kanalisiert werden kann. Sie geht damit von primitiver Gewalt in den zweiten Idealtyp öffentlicher Unordnung und politischer Gewalt über, die »reaktionäre« Gewalt. Critchley unterscheidet hier zwei Subkategorien: die auf ökonomische Motive und die auf religiöse oder politische Motive zurückgehende Gewalt (Critchley 1970: 12). Hungeraufstände wären demnach die klassische Erscheinungsform der ersten Kategorie, das Pogrom das der zweiten. Was die reaktionäre von primitiver Gewalt unterscheidet, so Critchley, ist, dass die Artikulation von Missständen darstellt, während letztere meist nur eine expressiv gewalttätige Erhebung darstellt.

Öffentliche Gewalt und politischer Massenprotest sind, so könnte man sagen, in primitiver und reaktionärer Form ein existentieller und unvermeidlicher Impuls. »Der menschliche Aufstand«, so Albert Camus in »Der Rebell«, »ist und kann nur ein anhaltender Protest gegen den Tod sein, eine gewaltsame Anklage gegen die universale Todesstrafe [...]. Der Rebell sucht nicht nach dem Leben, sondern nach Gründen, zu leben« (zit. in: Critchley 1970: 18). Mit dem Heraufziehen der Moderne im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert lässt sich in Europa jedoch die Entstehung einer neuen Grundhaltung gegenüber politischer Gewalt und öffentlichen Unruhen identifizieren. Critchley zitiert George Rudé,¹

1 George Rudé (1910-1993) hat sich als britischer marxistischer Historiker vor allem mit der Französischen Revolution auseinandergesetzt und in diesem Kontext eine »Geschichtswissenschaft von unten« entwickelt, wobei es ihm vor allem um die historische Rolle der Masse ging; Veröffentlichungen u.a. *Crime and Victim: Crime and Society in Early Nineteenth-century England* (1985), *The French Revolution* (1988), *The Crowd in History: A Study of Popular Disturbances in France and England, 1730-1848* (2005) (Anm. d. Hg.).

wenn er anmerkt, es sei die Dynamik, die zur Französischen Revolution führte und sie letztlich charakterisierte, die neue Konzepte wie die »universellen Menschenrechte« und die »Souveränität des Volkes« erst ermöglicht hat. Beeinflusst durch solche Konzepte (und ähnliche, wie etwa die Frauenrechte, die die Suffragetten des frühen 20. Jahrhunderts durchsetzen wollten) wurden politische Gewalt und öffentliche Unruhe von dem Streben nach einer zukünftig gerechteren und egalitären Gesellschaft durchdrungen. Dieses neue optimistische und inspirierende Element, so Critchley, macht den Unterschied zwischen reaktionärer auf der einen und vorwärts gerichteter, »moderner« politischer Gewalt auf der anderen Seite aus.² Um noch einmal Camus zu zitieren: »Es sind jene, die verstehen, im richtigen Moment gegen die Geschichte zu rebellieren, die ihre Interessen tatsächlich voranbringen.«

Wie bereits erwähnt, konzentrieren sich Versuche, die polizeiliche Bearbeitung öffentlicher Unruhen und politischer Gewalt zu verstehen, zumeist auf Fragen nach der politischen Ordnung fortgeschrittener kapitalistischer Gesellschaften. Vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit wird hingegen dem Geschehen an der Peripherie des globalen Systems geschenkt. Die bedeutendsten Forschungsarbeiten zum »Public Order Policing« jenseits Europas und Nordamerikas beziehen sich auf Südafrika nach dem Ende der Apartheid (vgl. etwa Marks 1998, 2003). Es war Waddington (1994a, 1994b), der die Bedeutung der Unterschiede zwischen der Polizeiarbeit in den Kernökonomien und an der Peripherie des globalen Wirtschaftssystems betont hat. Waddington war auch einer der wenigen, der »Public Order Policing« sowohl im globalen Norden als auch im globalen Süden untersucht hat und dabei klarstellt, dass es von lokalen politischen Traditionen abhängt, ob der »Samthandschuh« angezogen oder die nackte »eiserne Faust« gezeigt wird, und dass in Rechtsräumen ohne demokratische Tradition der »Samthandschuh« meist ausgezogen bleibt.

Wie also wandelt sich unser Verständnis von »Public Order Policing«, wenn wir die Analyse der polizeilichen Bearbeitung öffentlicher Unruhe und politischer Gewalt auf Gesellschaften ausweiten, die an der Peripherie des globalen kapitalistischen Systems liegen. Und weiter:

- 2 Critchley selbst räumt hier ein, dass »this tidy theory is not one to which all modern scholars would subscribe« (Critchley 1992: 12) und dass sie auch nicht dazu genutzt werden kann, um öffentliche Unruhe und politische Gewalt umfassend zu erklären. Zweifellos können Idealtypen, wie die hier dargestellten, nie umfassend die jeweiligen Phänomene erklären. Nichtsdestotrotz hoffe ich, in diesem Beitrag zu zeigen, dass die Unterscheidung zwischen primitiver, reaktionärer und vorwärts gewandter bzw. »moderner« öffentlicher Unruhe nützlich sein kann, um einige hervorstechende Merkmale zeitgenössischer Polizeiarbeit zu verdeutlichen.

Was können wir daraus über den gegenwärtigen historischen Augenblick und die zukünftige Entwicklung des globalen Systems lernen?

Bolivien: Polizeiliche Bearbeitung politischer Gewalt an der Peripherie des globalen Systems

Im Oktober 2003 wurde die Regierung Boliviens nach Monaten der Unruhe und Aufstände gestürzt. Dieses Ereignis schlug sich in den Medien der OECD-Staaten so gut wie gar nicht nieder. Die begrenzte Berichterstattung während (z.B. McDermott 2003a, 2003b) und nach (McDermott 2006) dem Regierungssturz ließ entscheidende Details vermissen und ging gegenüber den Schlagzeilen vor allem zur Lage in Nahost nach 9/11 völlig unter. Bemerkenswert ist, dass die Absetzung von Gonzalo Sanchez de Lozada³ bereits die vierte (in ebenso vielen Jahren) war, bei der in Lateinamerika ein vermeintlich demokratisch gewähltes Staatsoberhaupt aufgrund breiter Proteste der Bevölkerung aus dem Amt gejagt wurde (Ledebur 2003). Der Fall Bolivien ist somit nicht einzigartig, sondern eher symptomatisch für die allgemeine Entwicklung in Lateinamerika. Neben der bereits lange bestehenden Unzufriedenheit trugen vier weitere historische Faktoren unmittelbar dazu bei, dass sich die Gewalt so entzündete, dass das Regime gestürzt werden konnte. Jeder dieser Faktoren stellt einen Aspekt des Globalisierungsprozesses dar, von dem Bolivien in jüngerer Zeit erfasst wurde.

Der erste Aspekt betrifft die – seit mehr als einem Jahrzehnt erhobene – Forderung der US-Regierung, Bolivien müsse zehntausende Hektar Koka-Anbaufläche vernichten; in der Konsequenz wäre die Landbevölkerung sowohl ihrer Lebensgrundlage wie ihrer Traditionen beraubt (Zambrana/Brochu 2003). Koka wird als traditionelle Pflanze von den Bewohnern der Region seit Jahrhunderten aus unterschiedlichen Gründen konsumiert – Ernährungstraditionen sowie medizinische und spirituelle Traditionslinien spielen hier eine Rolle. Im späten 20. Jahrhundert avancierte die Pflanze zudem zum ökonomischen Rettungsanker, so dass deren Vernichtung von der mehrheitlich indigenen Bevölkerung der Region als direkter Angriff auf ihre Kultur und Existenzgrundlage verstanden wurde.

Der zweite Faktor – auch er seit Jahrzehnten virulent – umfasste die ökonomischen Folgen der vom Internationalen Währungsfonds (mit Unterstützung der USA) auferlegten Sparmaßnahmen (Sachs 2003).

3 Während des Aufstandes wurde de Lozada landesweit als »El Gringo« bekannt, da er Spanisch mit einem auffällig amerikanischen Akzent spricht – ein Ergebnis seiner Kindheit und Schulzeit in den USA.

Nach Haiti ist Bolivien das zweitärmste Land der westlichen Hemisphäre, in dem 60 Prozent der Bevölkerung von zwei US-Dollar pro Tag leben, bei einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 1.000 US-Dollar im Jahr. Für ein Land, in dem 70 Prozent der Bevölkerung unterhalb der von den Vereinten Nationen definierten Armutsgrenze leben, waren die Folgen des ökonomischen Globalisierungsprozesses besonders schmerzlich.

Den dritten destabilisierenden Faktor stellte die geplante Privatisierung der Wasserversorgung dar, die die Trinkwasserkosten für eine durchschnittliche Bauernfamilie auf bis zu 20 Prozent ihres Jahreseinkommens hätte steigen lassen (Rothfeder 2003). Diese geplante Privatisierung war Teil eines umfassenden vom Internationalen Währungsfonds (IWF) induzierten Ausverkaufs staatlichen Eigentums, der die Fähigkeit des Staates einschränkte, seinen Bürgern überhaupt noch grundlegende Dienste zur Verfügung zu stellen.⁴

Der vierte Faktor, der den Konflikt hoch kochen ließ, war die Ankündigung der bolivianischen Regierung, gewaltige Erdgasreserven zu erschließen (mit geschätzten 2,3 Billionen Kubikmetern die größten Vorräte der westlichen Hemisphäre) und sie zum Vorzugspreis an die USA zu verkaufen.

Ein weiteres Element trug wesentlich zu dem Blutbad bei, dass dem Sturz der Regierung vorausging: die von den USA finanzierte Militarisierung des bolivianischen Polizeiapparats – eine weitere Gemeinsamkeit, die das Land mit seinen Nachbarn der Andenregion insgesamt teilt.

Betrachten wir also detaillierter die Chronologie der Ereignisse seit der ersten Lateinamerika-Reise von US-Präsident George W. Bush im Jahre 2002.⁵ Bush begann seine Reise mit einer Rede auf einer von den Vereinten Nationen organisierten Konferenz zu globaler Entwicklung und Entwicklungshilfe in Monterrey (Mexiko), bevor er nach Lima (Peru) weiterreiste und schließlich über El Salvador in die USA zurückkehrte. Der Schwerpunkt der gesamten Reise lag auf dem »War on Ter-

4 Zu den Auswirkungen von Privatisierungsprogrammen allgemein und den vom Internationalen Währungsfonds (IWF) geforderten Sparmaßnahmen auf Bolivien und arme Länder generell, vgl. Woodroffe/Ellis-Jones (2000).

5 Präsident Bush reiste kurz nach seiner Wiederwahl am 19. und 20. November 2004 nach Chile, um eine Rede auf dem Gipfel der Asia Pacific Economic Cooperation (APEC) zu halten. Es war seine zweite Lateinamerika-Reise, und sie wurde von massiven Protesten begleitet, bei denen die chilenische Polizei gepanzerte Fahrzeuge, Tränengas und Wasserwerfer einsetzte; aus der auf 25.000 bis 70.000 Demonstranten geschätzten Menge flogen Steine und ertönten Rufe wie »Terrorist Bush« oder auch »Bush: Faschist, Dieb, Mörder« (Wright/Allen 2004).

ror«; Entwicklungshilfe war nur ein nachrangiges Thema. »Wir bekämpfen Armut, weil Hoffnung eine Antwort auf Terror ist«, lautete die Floskel, mit der Bush einen kleinen Betrag an Entwicklungshilfe ankündigte (zit.n. Vann/Rodriguez 2002).

In Lima waren fast 22.000 Soldaten und Polizisten im Einsatz, während zwei US-amerikanische Kriegsschiffe mit Eliteeinheiten der Navy Seals und Marines an Bord vor der Hafenstadt Callo vor Anker gingen – für einen eventuellen Zwischenfall (Vann/Rodriguez 2002). Was sich an geringfügigem Protest überhaupt formieren konnte, wurde schnell *abgeräumt* und ansonsten keinerlei Veranstaltungen zugelassen. In seiner öffentlichen Ansprache stellte Bush eine Verbindung zwischen den Anschlägen von 9/11 und einem Bombenanschlag auf die US-Botschaft in Lima zwei Tage zuvor her und erklärte die USA und Peru zu »Partnern im Kampf gegen den Terrorismus« (zit.n. ebd.). In El Salvador nahm Bush an einem ausgedehnten Arbeitessen mit einer Reihe zentral-amerikanischer Präsidenten teil, bei dem er erneut die Vorteile des Freihandels und die Notwendigkeit der Bekämpfung des globalen Terrorismus betonte. Kein Wort verlor er zu den rund 800 Milliarden US-Dollar Auslandsschulden der Länder der Region und der damit verbundenen drastisch ansteigenden Armut. Derweil protestierten Tausende gegen seinen Besuch auf einer Demonstration, die auch der Ermordung des Erzbischofs Oscar Romero durch eine rechte Todesschwadron vor 22 Jahren gedachte.⁶ Präsident Bushs doppelte Betonung der »Ausweitung des Kampfes gegen den Terrorismus« und der »wirtschaftlichen Liberalisierung« (ebd.) galt vielen als klarer Beleg dafür, dass die USA weiter bereit sein würden, ihre Interessen in der Region auch militärisch abzusichern.

Kurz nach Präsident Bushs Lateinamerika-Reise fanden in Bolivien Wahlen statt, die den Boden für die nachfolgenden Entwicklungen bereiten sollten.⁷ Von besonderem Interesse sind dabei die Verlautbarungen

6 Der Erzbischof wurde 1980 während einer Messe in einer kleinen Kapelle nahe seiner Kathedrale erschossen. Seine Ermordung fand nur einen Tag nach einer von ihm gehaltenen Predigt statt, in der an die Soldaten appelliert hatte, Befehle nicht zu befolgen, die grundlegende Menschenrechte verletzen. Es ist allgemein anerkannt, dass sich unter den Attentätern zwei Absolventen der von den USA betriebenen »School of the Americas« befanden – auch ein offizieller Bericht der UN stützt diese Version. 1993 nennt der UN-Bericht Major Roberto D'Aubuisson als denjenigen, der den Mordbefehl gab (Golden 1993).

7 Die Wahl führte zu einer Dreiteilung, bei der jede der drei großen Parteien jeweils rund 20 Prozent der Stimmen erhielt, während der Rest an eine Vielzahl kleiner Parteien ging. Wahlverlauf und -ergebnisse sind allerdings komplex und sprengen den Rahmen dieses Beitrags.

von Präsident Gonzalo Sanchez de Lozada, seinem stärksten politischen Rivalen, Evo Morales, sowie von einer Reihe US-amerikanischer Wortführer.

Der US-Botschafter in Bolivien, Manuel Rocha, brachte die Präferenzen seines Landes klar auf den Punkt: »Das bolivianische Volk muss sich die Konsequenzen klar machen, wenn es sich Führer wählt, die Verbindungen zu Drogenschmuggel und Terrorismus haben« (zit.n. Rodriguez/Vann 2002). Diese Bemerkung zielte auf Morales, dessen Wählerbasis die bäuerlich-indigene Bevölkerung ist. Sie baut seit Jahrhunderten die Kokapflanze an (den Hauptbestandteil von Kokain). Morales selbst ist nicht in den Drogenhandel involviert, seine Popularität beruht vielmehr auf seiner scharfen Kritik an der vom IWF und den USA vertretenen Wirtschaftspolitik sowie seiner generellen Unterstützung für die Koka-Pflanzer. In Interviews erklärte Morales, eine von ihm gebildete Regierung werde »anti-neoliberal und anti-kapitalistisch« sein. »Das neoliberale Modell ist gescheitert«, so Morales, »jetzt ist es an der Zeit für die Armen, ihr Modell durchzusetzen« – womit er auf den Auf- und Ausbau bäuerlicher Kooperativen abhob (zit.n. ebd.). In einer Rede vor hochrangigen Offizieren der Armee kurz vor den Wahlen erklärte der amtierende Präsident de Lozada, »[jetzt] ist die Stunde, Ihrer verfassungsmäßigen Pflicht nachzukommen« (ebd.) – ein klarer Hinweis auf einen geplanten Umsturz. Ein solcher Umsturzversuch erübrigte sich jedoch, denn das rechte Lager konnte unter der Führung de Lozadas einen erneuten Wahlsieg herbeiführen. Der Vereinigungsaufwurf des US-Botschafters an die bolivianische Rechte, zusammenzustehen und Morales zu besiegen, löste Proteste der anderen Parteien und des Wahlgerichtes aus, blieb aber zunächst ohne Folgen. Washington ließ derlei Erklärungen nationaler Souveränität durch den Staatssekretär im Außenministerium, Otto Reich,⁸ beiseite wischen, der schlicht erklärte, »wir glauben nicht, dass wir normale Beziehungen mit jemandem unterhalten können, der eine derartige Politik vertritt, [und die Wahl von Morales] würde es den USA unmöglich machen, Bolivien Hilfe zukommen zu lassen« (zit.n. Rodriguez/Vann 2002).

Im Januar 2003 begannen sich die Auseinandersetzungen zwischen Bürgern und Polizei zuzuspitzen. Auf dem Land errichteten Koka-Bauern Straßensperren, um gegen die Verabschiedung des Gesetzes 1008 zu protestieren. Das Gesetz sollte das Programm zur Ausrottung des Koka-Anbaus rechtlich absichern. Koka erzielte in Bolivien allein

8 Reich selbst war in den Iran-Contra-Skandal verwickelt und wurde vom Präsidenten des US-Rechnungshofs für schuldig befunden, sich in diesem Kontext an »illegalen verdeckten Propagandaaktionen« beteiligt zu haben (Corn 2002).

im Jahr 1990 rund eine Milliarde Dollar an Einnahmen – eine Summe, die sich durch die von den USA versprochenen 47 Millionen US-Dollar an »alternativer Entwicklungshilfe« kaum kompensieren ließ. Selbst unter Einrechnung der Einmalzahlung der Europäischen Union von 30 Millionen US-Dollar und der 44 US-Millionen Dollar aus dem Drogenkontrollprogramm der Vereinten Nationen stünden die Bauern weiterhin wesentlich schlechter da (Saavedra 2003a).

Vor dem Hintergrund offizieller Arbeitslosenraten von 25 Prozent und gesunkener Durchschnittseinkommen der städtischen Angestellten sowie geplanter Steuererhöhungen kam es zeitgleich auch in den urbanen Zentren des Landes zu erheblichen politischen Unruhen. Ende Januar 2003 führten Zusammenstöße zwischen der Bevölkerung und staatlichen Ordnungskräften (7.000 Mann inklusive Panzerbataillon) zu 13 Toten und einer Vielzahl von Verletzten. Vorangegangene Versprechen der Bush-Regierung, die Hilfslieferungen von Waffen an Bolivien zu verdoppeln, trugen nun praktisch Früchte. Allein 2002 waren 53 Millionen Dollar aufgewendet worden, um eine bewaffnete Truppe von 1.500 Mann auszurüsten, zu trainieren und zu bezahlen (ebd.). Zusätzlich entsandte das Pentagon 350 Soldaten zur Teilnahme an militärischen Übungen mit der bolivianischen Armee – vornehmlich in der Chaco-Region, die reich an Bodenschätzen ist. Der damalige bolivianische Präsident versicherte in diesem Zusammenhang, die US-amerikanische Militärmission sei als Beteiligung an zivilen Aufbauprojekten gedacht und habe weder »direkt noch indirekt mit Fragen der indigenen Bevölkerung oder des Koka-Anbaus zu tun« (zit.n. Saavedra 2003a).

Mitte Februar 2003 marschierten dann Tausende in die Hauptstadt La Paz und forderten den Rücktritt de Lozadas. Unmittelbarer Anlass der Massendemonstration waren der Haushaltsplan der Regierung und die geplante Erhöhung der Einkommensteuer. Vor allem Regierungsangestellte waren von der geplanten Steuererhöhung betroffen, denn sie sind praktisch die einzigen mit regelmäßigen versteuerbaren Einkommen. Mit der Steuererhöhung verbunden war eine generelle Ausgabenkürzung der Regierung von zehn Prozent, die den vom IWF »empfohlenen« Sparmaßnahmen folgte. Die britische Tageszeitung *Guardian* berichtete, dass am ersten Tag der Gewalt mindestens 14 Menschen getötet und viele weitere verletzt wurden (Gori 2003). Die Unruhen zeigten Bolivien als »schwachen Staat« (Goldsmith 2002), denn die Regierungspläne führten dazu, dass rund 7.000 streikende Polizisten (als Opfer der Sparmaßnahmen) gemeinsam mit zivilen Demonstranten den Regierungstruppen gegenüberstanden. Polizisten in La Paz verdienten zu diesem Zeitpunkt monatlich 880 Bolivianos (rund 200 US-Dollar) – ein Gehalt, das sich durch die neuen Steuern beträchtlich verringert hätte.

De Lozada entkam, versteckt in einem Krankenwagen, aus dem belagerten Präsidentenpalast und verkündete später in einer Fernsehübertragung die Aussetzung der Steuererhöhung und befahl den Abzug der Truppen (Gori 2003). Anfangs versuchte die Regierung, die Unruhen als Ergebnis der Agitation von Unterstützern von Morales und »terroristischer Extremisten« darzustellen, die versucht hätten, »im ganzen Land ein Klima der Angst und Unsicherheit zu erzeugen« (zit.n. Saavedra 2003b). Die Anschuldigungen mussten letztlich stillschweigend fallengelassen werden, nachdem verschiedene Menschenrechtsorganisationen die Organization of American States (OAS) gedrängt hatten,⁹ Vorwürfe zu prüfen, nach denen Militärangehörige von Dächern aus in die Menge geschossen hätten.¹⁰

Das unmittelbare Resultat der Proteste war zunächst die Zurückstellung der Steuererhöhung, aber die Proteste dehnten sich weiter aus, und die Forderungen nach Rücktritt des Präsidenten setzten sich fort. Allgemein wurde angenommen, Lozadas Regierung werde versuchen, wirtschaftliche Sparmaßnahmen anderweitig durchzusetzen. Einer Verlautbarung des World Markets Research Centre zufolge bedurfte es einer Verringerung des Staatsdefizits Boliviens um 200 Millionen US-Dollar, um sich für Hilfen des IWF bei der Stabilisierungspolitik zu qualifizieren: »Wenn er gezwungen ist, umfassende Ausgabenkürzungen vorzunehmen, steht seine Regierung wahrscheinlich weiteren Streiks und Protestaktionen gegenüber. Wenn das zu Zweifeln führt, ob die Regierungskoalition, die von Anfang als wackelig galt, hält, dann kann die Lebensfähigkeit der Regierung insgesamt in Frage gestellt sein« (zit.n. Saavedra 2003b).

9 Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) ist eine internationale Organisation auf dem amerikanischen Kontinent. Sie wurde im April 1948 in Bogotá gegründet und hat ihren Hauptsitz in Washington D.C. Mitglieder sind 35 unabhängige Staaten Nord- und Südamerikas. Laut Charta ist es ihre Aufgabe, Demokratisierung und Menschenrechte zu fördern, Kriminalität und Drogenhandel zu bekämpfen, den Frieden zu sichern und eine panamerikanische Freihandelszone zu schaffen. Für manche stellte die OAS von Beginn an ein Instrument der Vereinigten Staaten im aufziehenden Ost-West-Konflikt dar, zumal die USA den Großteil des regulären Budgets stellt und so Einfluss auf die Politik der Organisation nehmen kann (Anm. d. Hg.).

10 Das bolivianische Militär eröffnete zu vielen Gelegenheiten während des Jahres 2003 das Feuer auf Menschenmengen, was zu einer bis heute umstrittenen Zahl von Todesfällen führte, die sich wahrscheinlich im Bereich mehrerer Hundert bewegt. Solche Überfälle stellen eine direkte Verletzung der »Basic Principles for the Use of Force and Firearms by Law Enforcement Officials« der Vereinten Nationen dar (Control Arms Campaign 2004).

Mit dem Nachlassen der gewalttätigen Auseinandersetzungen zu Beginn des Jahres 2003 endete auch die Berichterstattung in westlichen Medien vorübergehend, obwohl die Proteste anhielten – erst im Oktober desselben Jahres wurde Bolivien wieder zum Thema. Ein Vorkommnis, über das berichtet wurde, kann nur als ausgewachsener militärischer Überfall auf den Industrievorort von El Alta bezeichnet werden (Schultz 2005). Mit damals etwa 600.000 Einwohnern war El Alta die drittgrößte Stadt Boliviens – genauer gesagt eine sich ausbreitende Hüttenstadt im Herzen der bolivianischen Gas- und Öl-Region. Zeugen berichten, dass Truppen das Feuer mit schweren Maschinengewehren eröffneten und auch ein Kampfhubschrauber bei dem Angriff eingesetzt wurde. Das Ziel der Operation war die Beendigung einer monatelangen Besetzung und Belagerung, durch die Arbeiter der Ölindustrie der bolivianischen Hauptstadt die Treibstoffzufuhr abgedreht hatten. Diese Auseinandersetzung war Teil des in der Region so genannten Gas-Kriegs, ein Konflikt um die Gas-Exporte der Regierung in die USA. In Bolivien lag die Förderung fossiler Brennstoffe vornehmlich in den Händen eines Export-Konsortiums, das aus der Bechtel Group, Amoco, British Petroleum und einer Reihe weiterer multinationaler Konzerne bestand. Nachdem die Arbeiter der Ölindustrie und viele andere Bürger aufgrund der langfristigen Folgen der vom IWF oktroyierten Sparmaßnahmen bereits verarmt waren, wurde die Unzufriedenheit zusätzlich genährt, als bekannt wurde, dass ein Vertrag über die Ölexporte ausgehandelt worden war, der den multinationalen Konzernen Gewinne von schätzungsweise 1,3 Milliarden US-Dollar bescheren würde, während Bolivien nur 70 Millionen US-Dollar aus Steuern und Lizenzgebühren erhalten sollte.

An dieser Stelle ist ein kurzer Exkurs von der Darstellung der politisch-sozialen Unruhen in Bolivien geboten. Der Ethiker Peter Singer schreibt:

»Wenn eine Firma oder eine Nation das Recht von Diktatoren auf den Ausverkauf der nicht-erneuerbaren natürlichen Ressourcen ihrer Länder akzeptiert, dann akzeptiert sie damit den Anspruch dieser Diktatoren auf legitime Autorität über diese Ressourcen. Dies ist keine neutrale Handlung, sondern eine ethisch zu rechtfertigende, [und wenn] Unternehmen ersehen können, dass die Gelder, die sie für die natürlichen Ressourcen eines Landes zahlen, vornehmlich dem Reichtum eines Diktators dienen und es ihm ermöglichen, seine Herrschaft durch Waffenkäufe zu festigen, dann gibt es keine ethische Rechtfertigung dafür, Geschäfte mit diesem Diktator zu machen.« (Singer 2002: 105)

Dieses Zitat fasst präzise die dem bolivianischen »Gas-Krieg« zugrunde liegende ethische Frage zusammen, die in westlichen Medien kaum thematisiert wurde, während die politischen und sozialen Auseinandersetzungen in Bolivien weitergingen.

Bei dem Versuch, eine von Indigenen errichtete Straßensperre zu räumen, tötete die Armee am 20. September sieben Menschen und verwundete zahlreiche weitere. Wer von dem Überfall wusste, sprach fortan vom »Warisata-Massaker«. Es war dieses Massaker, das die Zentrale der Bolivianischen Arbeiter (COB), den größten Gewerkschaftsverband des Landes, dazu veranlasste, einen unbegrenzten Generalstreik auszurufen, während der Gewerkschaftsbund der Landarbeiter (CSUTCB) seine Straßenblockaden verstärkte. Die Ausweitung der Straßenblockaden führte zur fast völligen Isolation der Hauptstadt La Paz vom Rest des Landes. Unterstützt wurde Streik von Angestellten im Gesundheitssektor, von Lehrern, Studenten, Minenarbeitern, Bauern, Transportarbeitern und sogar kleinen Geschäftsleuten wie Metzgern und Ladenbesitzern. Kurz, Unterstützer waren fast alle Bolivianer, mit Ausnahme der kleinen Minderheit der ökonomisch-politischen Elite des Landes, meist europäischer Herkunft und mit US-amerikanischer (Aus-)Bildung, sowie jener Teile des Militärs, die zum Schutz ihrer Interessen angeheuert worden waren. Nur die letztgenannten profitierten von der ökonomischen Globalisierung (Uco/Vann 2003).

Die Gewalt in El Alto kommentierte das US-Außenministerium wie folgt: »Das amerikanische Volk und seine Regierung unterstützen den demokratisch gewählten Präsidenten Boliviens« (zit.n. ebd.). Die US-Botschaft in La Paz salutierte und versprach »ihre volle Unterstützung für die verfassungsmäßig und demokratisch gewählte Regierung«. Sie ergänzte, »Stöcke und Steine sind keine Form friedlichen Protests« (zit.n. ebd.). Während Minenarbeiter, Bauern und Indigenos auf die Hauptstadt marschierten, veröffentlichte das Wochenmagazin Pulso einen detaillierten Bericht über die maßgebliche Rolle der Vereinigten Staaten bei den Anstrengungen der Regierung, die Revolte zu beenden. Pulso zufolge agierte die bolivianische Armee dabei unter der Aufsicht des Militärattachés der US-Botschaft, Colonel Edward Holland. Das US-Militär, so Pulso, hatte regelmäßige Flüge von und nach Miami eingerichtet, um eine angemessene Versorgung der bolivianischen Armee und ihrer US-amerikanischen »Berater« mit Munition, Waffen, Nahrungsmitteln und weiterem Material sicherzustellen (Vann 2003). Am 17. Oktober 2003 floh Präsident Sanchez de Lozada aus dem Land und suchte Zuflucht in Miami. Sein Vizepräsident, Carlos Mesa, schlüpfte schnell in seine Schuhe (Ramonet 2003). Das Washington Bureau on Latin America (WOLA) bemerkte trocken, Mesa »erbt eine delikate und

potentiell explosive Situation [...]. Die US-Regierung sollte die Fehler nicht wiederholen, die sie während der Amtszeit Sanchez de Lozadas gemacht hat« (Ledebur 2003: 1).

Mesas Präsidentschaft hielt nicht lang an. Genau genommen war er nur bis zum 10. Juni 2005 im Amt, und seine gesamte Amtszeit war gekennzeichnet vom extremen und dauerhaften Druck in Form von Straßenblockaden rund um die Hauptstadt sowie weiteren Protestaktionen. Mesa versuchte, den Protest durch ein öffentliches Referendum über die zukünftige Entwicklung und den Verkauf der Gasvorkommen des Landes zu entschärfen. Aber die andauernde Angst vor politischer Gewalt verlieh dem Referendumsprozess eine feindselige Note; die Regierung kündigte Geldstrafen für den Boykott der Abstimmung an und drohte, Protestierende einzusperren. Die zur Abstimmung stehenden Fragen wurden von zahlreichen Gegnern als zu unklar kritisiert, und es wurde beanstandet, dass die Verstaatlichung der Ressourcen (also die zentrale Forderung der Protestierenden) nicht einmal erwähnt wurde. Die Stimmenthaltung lag bei 40 Prozent der Wahlberechtigten. Zudem waren viele Stimmzettel ungültig, so dass die meisten Beobachter das Ergebnis als uneindeutig bewerteten. In den Tagen und Wochen vor dem Referendum wurden La Paz und die anderen größeren Städte weiter von Massenprotesten erschüttert. In La Paz waren die Zusammenstöße zwischen streikenden Minenarbeitern und paramilitärischen Polizeieinheiten extrem gewalttätig. Nach Augenzeugenberichten warfen die Minenarbeiter Dynamitstangen, während die Sicherheitstruppen mit Gummigeschossen, Wasserwerfern und Tränengas antworteten. Mesa betonte zwar, er werde nicht de Lozadas Beispiel folgen und exzessive Gewalt anwenden, aber er warnte, dass das Land am Rande eines Bürgerkriegs stehe. Ein erstes Rücktrittsangebot des Präsidenten wurde zunächst vom bolivianischen Kongress abgelehnt, das zweite jedoch angenommen (Balch 2005; McDermott 2005; van Auker 2005a, 2005b). Mesa deutete in seinem Rücktrittsgesuch an, das Land sei »unregierbar geworden« (Jordan 2005). Es folgte ein weiteres kurzes Interregnum, während dem der Vorsitzende Richter des Obersten Gerichtshofes, Eduardo Rodríguez, das Präsidentenamt übernahm. Rodríguez, formell nur der vierthöchste Mann im Staat, übernahm die Staatsführung erst, nachdem die Präsidenten beider Kammern des Parlaments die Amtsübernahme abgelehnt hatten.

Im Dezember 2005 wurde dann Evo Morales mit großem Vorsprung vor seinen Konkurrenten zum Präsidenten Boliviens gewählt. In der westlichen Presse wurden seine indigene Herkunft, sein gewerkschaftlicher Hintergrund und seine Verbindung zu den Vereinigungen der verarmten Koka-Bauern in den Vordergrund gestellt. Diese tiefe politische

Verwurzelung wurde als Belastung betrachtet, viele äußerten Befürchtungen mit Blick auf die zukünftige US-Drogenpolitik in der Region, und besorgte multinationale Rohstoffkonzerne mussten beobachten, wie die Verstaatlichung der Ölindustrie Boliviens im Verlauf des Jahres 2006 langsam Gestalt annahm. Die westlichen Medien zeichneten das dramatisierende Bild eines von einer roten Welle linksgerichteter Politik verschlungen Lateinamerika und ignorierten die enorme Komplexität der Politik in der Region (Daniels 2005; Moore 2005). Nichtsdestotrotz konnte zumindest für die ersten sechs Monate der Regierungszeit von Morales niemand behaupten, das Land sei unregierbar. Stattdessen gelang es dem demokratisch gewählten und äußerst populären Morales, vorsichtig und unter Nutzung der bestehenden Verfassungs- und Regierungskompetenzen ein Programm umzusetzen, das er bereits jahrelang im Rahmen von Straßenblockaden und Aufständen angekündigt hatte (Burbach 2006; Monbiot 2006; Reel 2006). Mit Blockaden und Aufständen Politik zu machen, war nun vorerst nicht länger notwendig, aber die politische Kompradoren-Elite¹¹ europäischer Abstammung existierte ebenso fort wie die extreme Benachteiligung der indigenen und Mestizen-Bevölkerung Boliviens am unteren Ende der sozialen Leiter.

Die Militarisierung des bolivianischen Polizeiparats

Die Dramatik der geschilderten Ereignisse dürfte mehr oder weniger einen Eindruck davon vermittelt haben, was auf dem Spiel steht, wenn sich politische Gewalt an der Peripherie des globalen Systems manifestiert. Naturgemäß ist es schwierig, ein endgültiges Fazit aus dieser Fallstudie zu ziehen, denn die beschriebenen Entwicklungen entfalten sich ja weiter. Mit Bezug auf Critchleys Idealtypen ließe sich argumentieren, die Gewalt sei lediglich reaktionär gewesen, also eine nur zu verständliche Reaktion auf einen offensichtlich ungerechten Zustand. Man könnte andererseits aber auch das gleichsam hoffnungsvollere Fazit ziehen, die Wahl von Evo Morales markiere einen Wendepunkt auf dem Weg zu indigener sozialer und politischer Selbstverwaltung – und die beschrie-

11 »Komprador« ist ursprünglich ein Begriff aus dem Portugiesischen, mit dem während der Kolonialzeit die chinesischen Mittelsmänner zwischen den westlichen Händlern in den offenen Vertragshäfen und dem chinesischen Hinterland bezeichnet wurden. Inzwischen wird der Begriff allgemein für Eliten in Ländern des Südens genutzt, die zu ihrem eigenen Vorteil die Integration ihrer Länder in den kapitalistischen Weltmarkt vermitteln.

bene Gewalt sei vielmehr als komplett nach vorn gerichtet, also als modern und fortschrittlich zu charakterisieren. An einer solchen Weggabelung kann der Historiker der Gegenwart jedoch keine Aussagen über noch nicht endgültig eingeschlagene Wege machen. Zeitgenössische Polizeiforscher mögen angesichts solch großer historischer Fragen verwundert sein, aber auch sie werden mit Sicherheit mehr darüber erfahren wollen, was innerhalb der staatlichen Kontrollinstitutionen während des beschriebenen Zeitraums vor sich ging.

Glücklicherweise haben einige Menschenrechtsorganisationen viele Vorgänge dokumentiert, und so stehen uns Informationen darüber zur Verfügung, was damals »hinter den Kulissen« vor sich ging. Die Erzählung handelt nicht nur von der Plünderung einer armen Region unter der Überschrift »ökonomische Globalisierung«; sie hat auch eine ausgeprägt polizeiliche Seite.

Zunächst einmal wissen wir, dass Straffaktionen und eine harte Linie in der Polizeipraxis seit langem charakteristisch für die Rolle der Lokalverwaltungen in lateinamerikanischen Städten ist (Chevigny 1995; Paes-Machado/Albuquerque 2003), und wir wissen um die Verbindung dieser Politik zur polizeilichen Entwicklungshilfe aus den entwickelten Staaten (Huggens 1998). Cathy Schneider und Paul Amar (2003: 1) etwa berichten:

»Strafpolitik hat die Tonart der sozialen Kontrolle [in Lateinamerika] bestimmt. Regierungen haben bestehende Grenzen für polizeiliche Zwangsmaßnahmen, für Aktionen parastaatlicher Bürgerwehren und für das Eingreifen staatlicher Sicherheitsbehörden überhaupt aufgehoben. Folter, militarisierte Polizeiaktionen, tödliche Gewalt, Verhaftungen ohne Gerichtsverhandlung und die verweigerte Einbürgerung kriminalisierter Einwanderergruppen wurden zunehmend als notwendig angesehen oder sind gar zu etablierten Politikoptionen geworden. Sogar ohne die dramatischen Ereignisse, die sich mit dem »Gas-Krieg« verbanden, befand sich eine solche Sicherheitspolitik in Bolivien auf dem Weg in die Krise. Das galt für den Polizeisektor und den Rest des Justizsystems. Um diese Krise genauer einschätzen zu können, ist es notwendig, die grobe Struktur des Polizeisektors des Landes zu verstehen. Bis heute setzt Boliviens nationale Polizei in insgesamt neun Regionen unter der Zentralverwaltung des Innenministeriums durch. Veröffentlichten Quellen zufolge arbeitet fast ein Viertel – rund 23 Prozent – des Polizeipersonals in La Paz. Wie in den europäischen Ländern, aus denen die Polizeisysteme Lateinamerikas hervorgegangen sind, gründen dabei andere urbane Zentren ebenfalls ihre eigenen Polizeien, um lokale Verordnungen durchzusetzen. Die Justizpolizei (PJT), die die Mehrzahl der Kriminalermittlungen durchführt, ist dabei dem Justizministerium gegenüber verantwortlich. Weitere staatliche Polizeikräfte bilden eine Einheit zur Bekämpfung von Aufständen und Unruhen, zwei

weitere Einheiten dienen der Bekämpfung des Terrorismus, und eine weitere bekämpft den Drogenhandel. Diese Sondereinheiten sind die Hauptempfänger US-amerikanischer Polizei-Entwicklungshilfe und würden wohl ohne diese externe Unterstützung und Anleitung überhaupt nicht funktionieren.« (Hervorh. im Orig.)

Die nationale Polizei ist zuständig für die Verbrechensprävention, die angesichts sich vervierfachender Verbrechensraten während der 1990er Jahre wohl als gescheitert betrachtet werden darf. Angesichts der sozialen Probleme, die sich aus den IWF-Sparmaßnahmen ergeben, ist dies kaum überraschend. Während desselben Zeitraums verfügte die Polizei über 70 Prozent mehr Personal als das Militär, aber nur über etwa 60 Prozent von dessen Budget. Vor diesem Hintergrund können die vielfältigen Berichte über die im Apparat um sich greifende endemische Korruption nicht überraschen. So sind etwa Staatsanwälte, die versuchten, die Verwicklung korrupter Polizei- oder Militärangehöriger in den Drogenschmuggel zu verfolgen, routinemäßig unter Druck gesetzt worden (Ungar 2003). Aber selbst die allgegenwärtige Bestechlichkeit zerstörte nicht alle Formen der Solidarität, so dass in den 1990er Jahren Polizisten und Justizangestellte der niederen Ränge wiederholt streikten oder mit Streik drohten, um gegen die niedrigen Gehälter sowie die enormen Gehaltsunterschiede zwischen ihnen und den höheren Rängen zu protestieren. Damals lag das Jahresgehalt eines Polizeichefs bei rund 20.000 US-Dollar und das eines Streifenpolizisten bei lediglich 1.300. Diese Gehaltsunterschiede decken sich genau mit der ethnischen Zusammensetzung der bolivianischen Polizei, die sich zu rund 85 Prozent aus indigener Bevölkerung und Mestizen zusammensetzt, während sich die besser bezahlte Offiziersklasse aus Beamten europäischer Abstammung rekrutiert. Es ist somit nicht überraschend, dass während der Ereignisse im Februar 2003 auch streikende Polizisten Tränengaskartuschen auf das (wesentlich besser bezahlte) Militär abschossen.

Vor dem Wahlsieg von Evo Morales war die bekannteste Polizeieinheit Boliviens die 1.500 Mann starke Unidad Móvil para el Patrullaje Rural (UMOPAR), die direkt von den USA im Rahmen der Anden-Strategie zur Bekämpfung des Koka-Anbaus finanziert wurde. Eine weitere von den USA zu diesem Zweck finanzierte Einheit war die 1998 gegründete Fuerza de Tarea Conjunta (FTC), eine kombinierte Militär- und Polizei-Einheit mit rund 500 Angehörigen. Die Fuerza de Tarea Expedicionaria (FTE) war eine weitere Spezialeinheit, die mit der FTC zusammenarbeitete. Die FTE war 2001 gegründet worden und war, zumindest bis zum Zusammenbruch der Regierung de Lozada, eine gut ausgerüstete und trainierte Truppe von ebenfalls rund 500 Mann. Von

Menschenrechtsbeobachtern gesammeltes Beweismaterial – denn Morde durch diese Einheiten sind gut dokumentiert – zeigt, dass mit dem Wachstum dieser Truppen ein Anstieg von Menschenrechtsverletzungen einherging (Ledebur 2003).¹² Angesichts seiner tragischen Entwicklung ist es nicht überraschend, dass das Land, das Ende 2005 Evo Morales wählte, über einen schwachen staatlichen Apparat verfügte, dessen zentrale Ausprägungen ein ineffektives Justizsystem, ein brutaler Strafvollzugsapparat und die andauernde Angst vor Verbrechen sind. Aus seinen Beobachtungen im Vorfeld des Sturzes von de Lozada schloss Ungar:

»Bolivien ist, wie viele Länder Lateinamerikas, durch den Zustand seines politischen, institutionellen und sozialen Gefüges gelähmt. Der Befund ist klar und unmissverständlich. Die exekutiven Teile des Polizeiapparats waren hauptsächlich externen Autoritäten (der Regierung der USA) gegenüber verantwortlich und hatten ein doppeltes Mandat: die Ausrottung der Koka-Pflanzen und den Schutz der Industrien des Rohstoffsektors. Der Rest des Polizeiapparats, gemeinsam mit dem Justizsystem als solchem, war völlig verfallen, größtenteils nicht in der Lage, die Aufgaben der Verbrechensbekämpfung und -prävention zu erfüllen, und, wie die Apparate anderer klassischer schwacher Staaten, ziemlich gewalttätig und korrupt.« (Ungar 2003: 7)

Abschließende Gedanken und ein Fazit

Dieser Beitrag hat einen Blick auf die polizeiliche Bearbeitung von Massenprotesten an der Peripherie des globalen kapitalistischen Systems geworfen. Kritischen Forschern geben die aktuell zu beobachtenden Trends innerhalb von Polizei- und sonstigen Sicherheitsagenturen in den fortgeschrittenen liberalen Demokratien Anlass zur Besorgnis. Eine solche Sorge wird durch eine Erweiterung der Perspektive auf die Gesellschaften, die vom Triumphzug des Neoliberalismus am meisten benachteiligt worden sind, nicht gerade zerstreut. Bolivien könnte aber auch Positives verheißen. Wenn wir uns Critchleys drei Idealtypen von Massengewalt in Erinnerung rufen, kann man sagen, in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern dreht sich der Großteil der Debatte zu »Public Order Policing« um die Ausdrucksformen »primitiver Gewalt« – exemplarisch steht dafür der »Folk devil« an sich – der Fußball-Hooligan. Die Darstellung primitiver Gewalt als Störung des geordneten

12 Einen guten Einblick in das Thema bietet die Website der Menschenrechtsorganisation »School of the Americas Watch« (SOAW), die sich der Überwachung von Aktivitäten der von den USA trainierten konterrevolutionären Truppen in Lateinamerika widmet: www.soaw.org/new.

Konsums scheint dabei der ideale Vorwand für die Durchsetzung neuer Kontrollstrategien zu sein – und zwar genau deshalb, weil die Hegemonie des konsumentenorientierten Kapitalismus die Marginalisierung all jener erlaubt, die den Erwartungen an den *guten Konsumenten* nicht entsprechen. Ähnlich scheint auch die »reaktionäre« Gewalt – ob nun die sichtbarer Minderheiten gegen ökonomische und politische Exklusion, oder die von rassistischen Elementen der Mehrheitsethnie gegen eben jene Minderheiten – illiberale Praktiken liberaler Staaten legitimieren zu können. In beiden Fällen gilt es als nahezu selbstverständlich, dass die staatliche Polizei (und, wie es scheint, auch das private Sicherheitsgewerbe im Auftrag des Staates) einschreitet und ein Mindestmaß an Ordnung wiederherstellt. In den fortgeschrittenen Gesellschaften des Westens (wo im Großen und Ganzen alle, bis auf die ökonomisch am stärksten Marginalisierten, verhältnismäßig komfortabel leben) wird progressiver politischer Protest – besonders wenn er in politische Gewalt mündet – schnell lächerlich gemacht, weil er sich nicht an die Regeln des liberalen politischen Spiels hält.

Unsere Normalitätsvorstellungen davon, wie politischer Protest und politische Gewalt durch die Polizei zu beantworten seien, werden in Fällen wie dem heutigen Bolivien auf eine harte Probe gestellt. So fällt es schwer, die Teilnehmer an den Massenprotesten des Jahres 2003, die die Regierung de Lozada letztlich stürzten, zu kritisieren angesichts der himmelschreienden Ungerechtigkeiten, gegen die sie zu Felde zogen. Mehr noch, man kann die progressiven Aspekte der sozialen Bewegung, die diesen erst Wandel ermöglichte, nicht in Abrede stellen –, und man kann auch nicht argumentieren, ein verfassungsgemäßes Vorgehen wäre *angemessener* gewesen. Wenn wir unser Verständnis von der polizeilichen Bearbeitung politischer Massenproteste an der Peripherie des globalen Systems – also dort, wo die liberalen Regeln des politischen Alltags historisch bisher (kaum) eine Rolle gespielt haben – mit etwas Verständnis für die dortige Situation ausstatten, lässt sich die notwendig konstruktive Rolle politischer Massenproteste im historischen Ablauf der Globalisierung erkennen. Es mag ein Jahrhundert oder länger dauern, bis die Kämpfe der indigenen Bevölkerung der Andenregion den gleichen historischen Status erlangen, der im Westen den eigenen progressiven Bewegungen der Vergangenheit gegenwärtig zugestanden wird (wie der Arbeiterbewegung, den Chartisten¹³ oder den Suffragetten¹⁴), aber es erscheint plausibel, dass sich so ein Bild eines Tages

13 Politische Reformbewegung in Großbritannien am Anfang des 19. Jahrhunderts; vgl. Taylor (1996) (Anm. d. Hg.).

14 Suffragetten (engl./franz. »suffrage« – Wahlrecht) waren Anfang des 20. Jahrhunderts mehr oder weniger organisierte Frauenrechtlerinnen in

durchsetzen könnte. Damit möchte ich nicht behaupten, Morales selbst oder die von ihm hier repräsentierte Bewegung hätte eine progressive Formel entdeckt, die die Weltgemeinschaft einem Utopia näher bringen wird. Wie Camus in »Der Rebell« ebenfalls sagte, »[s]elbst durch seine größten Anstrengungen kann der Mensch nur hoffen, die Leiden der Welt unterm Strich zu verringern«. Zu behaupten, gewaltsamer politischer Protest sei ein Anzeichen historischen Fortschritts, ist keineswegs eine idealistische oder romantisierende Rechtfertigung politischer Gewalt, deren Ansprüche letztlich sogar scheitern mögen. Selbst ohne einen einzigen Beweis dafür, dass progressive Ziele je erreicht werden, stellt der Fall Bolivien jedenfalls mehr dar, als lediglich reaktionäre und mithin abzulehnende politische Gewalt. Bei einer von Sympathie getragenen Betrachtung kann der Fall Bolivien vielmehr als ein wichtiges Moment in einem historischen Prozess charakterisiert werden, der anscheinend so endlos ist wie der Kampf des Sisyphus – der Kampf um Gerechtigkeit. Dass Erreichen umfassender sozialer Gerechtigkeit kann nicht garantiert werden, aber, wie bei Sisyphus, es ist der Kampf, der zählt. Und, wer in Hoffnung leben und nicht dem Sirenengesang des Zynismus verfallen will, der muss, wie Camus so treffend im letzten Satz seines »Mythos des Sisyphos« sagt, »sich Sisyphos als glücklichen Menschen vorstellen.«

(aus dem US-amerikanischen Englisch von
Volker Eick und Tim David Kremser)

Literatur

- Allen, Mike (2004): Spats Over Security Roil Summit in Chile. In: *Washington Post*, 22. November, S. A01.
- Balch, Oliver (2005): Reading Between the Pipelines. In: *The Guardian*, 27. Juni.
- Brewer, John D. et al. (1988): *The Police, Public Order and the State*. London: Macmillan.
- Burbach, Roger. (2006): Morales is Taking Bolivia out of the Shadow of the US. In: *The Guardian*, 8. Mai.

Großbritannien und den USA, die mit passivem Widerstand, Störungen offizieller Veranstaltungen bis hin zu Hungerstreiks für ein allgemeines Frauenwahlrecht eintraten; die Suffragettenbewegung wurde überwiegend von Frauen aus dem Bürgertum getragen; vgl. Phillips (2003) (Anm. d. Hg.).

- Chevigny, Paul (1995): *The Edge of the Knife: Police Violence in the Americas*. New York: New Press.
- Control Arms Campaign (Hg.) (2004): *Guns and Policing: Standards to Prevent Misuse*. Washington: Control Arms Campaign, OXFAM, Amnesty International, ANSA.
- Critcher, Chas/Waddington, David P. (Hg.) (1996): *Policing Public Order: Theoretical and Practical Issues*. Avebury: Aldershot.
- Critchley, Thomas A. (1970): *The Conquest of Violence*. London: Constable.
- Daniels, Alfonso (2005): Bolivian Firebrand's Coca Plan Sparks Fears of a Narco-State. In: *Daily Telegraph*, 11. Dezember.
- Della Porta, Donatella (1998): Protest, Protesters and Protesting Policing: The Public Discourses in Italy and Germany from the 1960s to the 1980s. In: D. Della Porta/H. Reiter (Hg.): *Policing Protest. The Control of Mass Demonstrations in Western Democracies*. Minneapolis, MN: University of Minnesota Press.
- Della Porta, Donatella/Reiter, Herbert (Hg.) (1998): *Policing Protest. The Control of Mass Demonstrations in Western Democracies*. Minneapolis, MN: University of Minnesota Press.
- Dodson, Sean (2003): The History of Anti-Capitalism Protests. In: *The Guardian*, 30. April.
- Ericson, Richard V./Doyle, Aaron (1999): Globalization and the Policing of Protest. The Case of APEC 1997. In: *British Journal of Sociology*, 50/4, S. 589-608.
- Flyghed, Janne (2002): Normalizing the Exceptional. The Case of Political Violence. In: *Policing & Society*, 13/1, S. 23-41.
- Goldsmith, Andrew (2002): Policing Weak States. Citizen Safety and State Responsibility. In: *Policing & Society*, 13/1, S. 3-21.
- Golden, Tim (1993): Salvador Officers Named as Killers in U.N. Report. In: *The New York Times*, 15. März (Spätausgabe), S. A01, Spalte 1.
- Gori, George (2003): 14 killed in Bolivian riots. In: *The Guardian*, 13. Februar.
- Huggins, Martha K. (1998): *Political Policing. The United States and Latin America*. Durham, NC: Duke University Press.
- Human Rights Watch (Hg.) (1996): *Bolivia under pressure. Human rights violations and coca eradication*. London: Human Rights Watch, 8/6.
- Jefferson, Tony (1987): Beyond Paramilitarism. In: *British Journal of Criminology*, 27/1, S. 47-53.
- Jefferson, Tony (1990): *The Case Against Paramilitary Policing*. Milton Keynes: Open University Press.

- Jefferson, Tony (1993): Pondering Paramilitarism. A Question of Standpoints? In: *British Journal of Criminology*, 33/3, S. 374-388.
- King, Mike (1997): Policing and Public Order Issues in Canada. Trends for Change. In: *Policing & Society*, 8/1, S. 47-76.
- Jordan, Sandra (2005): Inca Rebels Flex their Muscles. In: *The Observer*, 12. Juni.
- Kraska, Peter B. (1997): Enjoying Militarism. Political/personal Dilemmas in Studying US Police Paramilitary Units. In: *Justice Quarterly*, 13/3, S. 405-429.
- Ledebur, Kathryn (2003): *Special Update on Bolivia. Popular Protest Brings Down Government*. Washington, DC: Washington Office on Latin America.
- Marks, Monique (1998): Changing Dilemmas and Dilemmas of Change. Transforming the Public Order Police Unit in Durban. In: *Policing & Society*, 9/2, S. 151-180.
- Marx, Gary T. (1998): Some Reflections on the Democratic Policing of Demonstrations. In: Della Porta, Donatella/Reiter, Herbert (Hg.): *Policing of Protest in Contemporary Democracies*. Minneapolis, MN: University of Minnesota Press.
- McCarthy, John D./McPhail, Clark/Crist, John T. (1999): The Emergence and Diffusion of Public Order Management Systems. In: Kriesi, Hanspeter/Della Porta, Donatella/Rucht, Dieter (Hg.): *Social Movements in a Globalizing World*. London: Macmillan.
- McDermott, Jeremy (2003a): Bolivian Leader Flees Riots. In: *Daily Telegraph*, 14. Februar.
- McDermott, Jeremy (2003b): Marchers Face Tanks in La Paz Power Struggle. In: *Daily Telegraph*, 16. Februar.
- McDermott, Jeremy (2005): Blockades Force out Bolivian President. In: *Daily Telegraph*, 06. Juni.
- McDermott, Jeremy (2005b): Washington's Influence Wanes. In: *Daily Telegraph*, 20. Dezember.
- McDermott, Jeremy (2006): Bolivia Leader Sworn in as the Left Advances on US Doorstop. In: *Daily Telegraph*, 23. Januar.
- Monbiot, George (2006): When Two Poor Countries Reclaim Oilfields, Why Did just One Spark Uproar? In: *Guardian*, 16. Mai.
- Moore, Malcolm (2005): Bolivia's Victor Worries BG. In: *Daily Telegraph*, 21. Dezember.
- Omega Foundation (Hg.) (2000): *Crowd Control Technologies. An Assessment of Crowd Control Technology Options of the European Union*, Section C Technical Annex (EP/1/aV/B/STOA/99/14/01), Omega Foundation. Unter: http://www.europarl.europa.eu/stoa/publications/studies/19991401a_annex_en.pdf [12.5.2004].

- Paes-Machado, Eduardo/Albuquerque, Carlos L. (2003): Jungle ID. Educational Reform Inside Brazilian Paramilitary Police. In: *Policing & Society*, 13/1, S. 59-78.
- Phillips, Marjorie (2003): *The Ascent of Woman. A History of the Suffragette Movement and the Ideas Behind It*. London: Little, Brown.
- Ramonet, Ignacio (2003): Bolivia: When is a Democracy not a Democracy? In: *Le Monde Diplomatique*, November.
- Reel, Monte (2006): Morales Sets his Sights on Bolivia's Idle Farmland. In: *The Guardian*, 02. Juni.
- Reiner, Robert (1992): Policing a Postmodern Society. In: *Modern Law Review*, 55/6, S. 761-781.
- Reiner, Robert (2000): *The Politics of the Police*. Oxford: Oxford University Press.
- Rodriguez, Tomas/Vann, Bill (2002): *Washington Threatens Bolivia on Presidential Vote*. Unter: <http://www.wsws.org/articles/2002/jul2002/boli-j18.shtml> [04.07.2004].
- Rothfeder, Jeffrey (2003): Water Rights, Conflict and Culture. In: *Impact*, 5/2, S. 19-21.
- Sachs, Jeffrey (2003): Call it Our Bolivian Policy of Not-so-benign Neglect. In: *New York Times*, 26. Oktober, S. B02.
- Saavedra, Mauricio (2003a): *US Boosts Military Aid to Bolivia*. Unter: <http://www.wsws.org/articles/2003/feb2003/coca-f21.shtml> [04.07.2004].
- Saavedra, Mauricio (2003b): *Bolivia. Military-provoked Riots End in 33 Deaths*. Unter: <http://www.wsws.org/articles/2003/feb2003/boli-f21.shtml> [04.07.2004].
- Schneider, Cathy/Amar, Paul E. (2003): The Rise of Crime, Disorder and Authoritarian Policing. An Introductory Essay. In: *NACLA Report on the Americas*, 37/2.
- Schultz, Jim (2005): *The International Monetary Fund and Bolivia's »Black February«*. Cochabamba, Bolivia: The Democracy Centre.
- Scruton, Phil (1985): *The State of the Police*. Pluto Press: London.
- Singer, Peter (2002): *One World. The Ethics of Globalization*. New Haven, CT: Yale University Press.
- Sklair, Leslie (1991): *The Sociology of the Global System*. Baltimore, MD: University of Baltimore Press.
- Taylor, James (1996): Rethinking the Chartists. Searching for Synthesis in the Historiography of Chartism. In: *The Historical Journal*, 39/2, S. 479-495.
- Uco, César/Vann, Bill (2003): *Bolivian Troops Massacre Strikers*. Unter: <http://www.wsws.org/articles/2003/oct2003/boli-o14.shtml> [04.07.2004].

- Ungar, Mark (2003): *Contested Battlefields. Policing in Caracas and La Paz*, *NACLA Report on the Americas*, 37/2, S. 30-36.
- Van Auken, Bill (2005a): *Bolivia Rocked by Mass Protests Over Energy Law*. Unter: <http://www.wsws.org/articles/2005/jun2005/boli-j03.shtml> [17.06.2006].
- Van Auken, Bill (2005b): *Bolivia's President Resigns Warning of Civil War*. Unter: <http://www.wsws.org/articles/2005/jun2005/boli-j09.shtml> [17.06.2006].
- Vann, Bill (2003): *Bush Administration backs Massacres in Bolivia*. Unter: <http://www.wsws.org/articles/2003/oct2003/boli-o17.shtml> [04.07.2004].
- Vann, Bill/Rodriguez, Tomas (2002): *Bush's Recipe for Latin America: Austerity, Repression and more US Militarism*. Unter: <http://www.wsws.org/articles/2002/mar2002/bush-m28.shtml> [21.05.2007].
- Waddington, David P. (1996): *Policing Public Order*. In: Critcher, Chas/Waddington, David P. (Hg.): *Policing Public Order. Theoretical and Practical Issues*. Avebury, Aldershot.
- Waddington, David P./Jones, K./Critcher, Chas (1989): *Flashpoints. Studies in Public Disorder*. London: Routledge.
- Waddington, Peter A. J. (1987): *Towards Paramilitarism? Dilemmas in the Policing of Public Order*. In: *British Journal of Criminology*, 27/1, S. 36-46.
- Waddington, Peter A. J. (1991): *The Strong Arm of the Law. Armed and Public Order Policing*. Oxford: Clarendon Press.
- Waddington, Peter A. J. (1994a): *Policing South Africa. The View from Biopatong*. In: *Policing & Society*, 4, S. 83-95.
- Waddington, Peter A. J. (1994b): *Coercion and Accommodation: Policing Public Order after the Public Order Act*. In: *British Journal of Sociology*, 45/3, S. 367-385.
- Waddington, Peter A. J. (1996): *The Politics of Public Order Policing*. In: Critcher, Chas/Waddington, David P. (Hg.): *Policing Public Order. Theoretical and Practical Issues*. Aldershot: Avebury.
- Woodroffe, Jessica/Ellis-Jones, Mark (2000): *States of Unrest. Resistance to IMF Policing in Poor Countries* (World Development Movement Report). London: World Development Movement.
- Wright, Robin/Allen, Mike (2004): *Protesters greet Bush in Santiago*. In: *Washington Post*, 20.11., S. A10.
- Zambrana, Claudia/Brochu, Serge (2003): *Bolivia Within the World System: A Debate Regarding Coca and Ley 1008* (Vortrag auf dem 13. Weltkongress der International Society of Criminology, 17.-22. August). Rio de Janeiro.

